

Kommuniqué
Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G20 in Cannes
am 3./4. November 2011

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G20, sind am 3. und 4. November 2011 in Cannes zusammengetroffen.
2. Seit unserem letzten Treffen hat sich die globale wirtschaftliche Erholung abgeschwächt, insbesondere in den Industrieländern, und die Arbeitslosigkeit verharrt auf unannehmbar hohem Niveau. In diesem Zusammenhang haben die Spannungen auf den Finanzmärkten zugenommen, was in erster Linie auf die Risiken durch die Staatsschulden in Europa zurückzuführen ist; zudem gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sich das Wachstum auch in den Schwellenländern verlangsamt. Schwankende Rohstoffpreise gefährden das Wachstum. Globale Ungleichgewichte bestehen fort.
3. Wir bekräftigen heute unsere Entschlossenheit, zusammenzuarbeiten, und wir haben Beschlüsse zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Gewährleistung von finanzieller Stabilität, zur sozialen Teilhabe und zu Maßnahmen gefasst, die die Globalisierung in den Dienst der Menschen stellen.

Eine globale Strategie für Wachstum und Beschäftigung

4. Um den unmittelbaren Herausforderungen zu begegnen, denen sich die Weltwirtschaft gegenüber sieht, verpflichten wir uns, unsere Maßnahmen und Politiken zu koordinieren. Jeder von uns wird seinen Teil dazu beitragen.
5. Wir haben einen „Aktionsplan für Wachstum und Beschäftigung“ vereinbart, um kurzfristige Verwundbarkeiten zu überwinden und die mittelfristigen Grundlagen des Wachstums zu stärken.
 - Die Industrieländer verpflichten sich, Strategien zur Schaffung von Vertrauen und zur Stärkung des Wachstums zu verabschieden und klare, glaubhafte und zielgerichtete Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung durchzuführen. Wir begrüßen die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 26. Oktober 2011 zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit in Griechenland, zur Stärkung der europäischen Banken, zum Aufbau von Schutzmauern gegen Ansteckung und zur Schaffung der Grundlagen für eine robuste Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Eurozone, und rufen zu ihrer zügigen Umsetzung auf. Wir unterstützen die von Italien auf dem Euro-Gipfel vorgelegten Maßnahmen und die vereinbarte detaillierte Bewertung und Überwachung durch die Europäische Kommission. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die

Entscheidung Italiens, den IWF zur vierteljährlichen Durchführung einer öffentlichen Überprüfung seiner Reformpolitik einzuladen.

- Unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten verpflichten sich Staaten, in denen die öffentlichen Finanzen weiterhin robust sind, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und zur Stützung der Binnennachfrage nach eigenem Ermessen tätig zu werden, sollte sich die wirtschaftliche Situation erheblich verschlechtern. Staaten mit großen Leistungsbilanzüberschüssen verpflichten sich, Reformen zur Stärkung der Binnennachfrage im Verbund mit mehr Wechselkursflexibilität durchzuführen.
 - Wir alle verpflichten uns zu weiteren Strukturreformen, um die Wirtschaftsleistung in unseren Ländern zu steigern.
 - Die Geldpolitik wird mittelfristig Preisstabilität gewährleisten und den wirtschaftlichen Aufschwung weiterhin stützen.
6. Wir sind entschlossen, die soziale Dimension der Globalisierung zu stärken. Wir sind der festen Überzeugung, dass Beschäftigung und gesellschaftliche Integration im Zentrum unseres politischen Handelns zur Wiederherstellung von Wachstum und Vertrauen stehen müssen. Wir beschließen daher, eine Arbeitsgruppe der G20 einzurichten, die sich vorrangig der Jugendbeschäftigung widmen soll. Wir erkennen an, wie wichtig Grundsysteme der sozialen Sicherung in all unseren Ländern sind, jeweils an die innerstaatliche Lage angepasst. Wir ermutigen die ILO, die Ratifikation und Umsetzung der acht Kernübereinkommen zur Gewährleistung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit weiter zu fördern.
7. In der Überzeugung, dass der soziale Dialog von entscheidender Bedeutung ist, begrüßen wir die Ergebnisse der B20 und der L20 sowie ihre gemeinsame Erklärung.

Auf dem Weg zu einem stabileren und widerstandsfähigeren Internationalen Währungssystem

8. Bei der Reform mit dem Ziel, das internationale Währungssystem repräsentativer, stabiler und widerstandsfähiger zu machen, haben wir Fortschritte erzielt. Wir haben uns auf Maßnahmen und Grundsätze verständigt, mit deren Hilfe wir die Früchte finanzieller Integration ernten und die Widerstandsfähigkeit gegenüber volatilen Kapitalströmen erhöhen können. Dazu gehören gemeinsame Schlussfolgerungen, die uns bei dem Management von Kapitalströmen leiten, gemeinsame Grundsätze für die Zusammenarbeit von IWF und regionalen Finanzierungsverbänden sowie ein Aktionsplan für lokale Anleihemärkte. Wir sind uns einig, dass die Zusammensetzung des SZR-Korbs die Rolle der Währungen im globalen Handels- und Finanzsystem

weiterhin widerspiegeln sollte. Die Bewertung der Zusammensetzung der SZR sollte auf der Grundlage bestehender Kriterien erfolgen, und wir ersuchen den IWF, diese weiter zu präzisieren. Um die Zusammensetzung des SZR-Korbs an die sich im Laufe der Zeit verändernde Rolle und Eigenschaften der Währungen anzupassen, wird diese 2015 überprüft; gegebenenfalls früher, in dem Maße, wie die Währungen den bestehenden Kriterien zur Aufnahme in den Korb genügen. Wir verpflichten uns ferner zu weiteren Fortschritten in Richtung auf eine besser integrierte, ausgewogenere und wirksamere Überwachung durch den IWF und zu einer besseren Ermittlung und Eindämmung von „spillover“-Effekten unserer nationalen Politiken. Während wir mit unseren Bemühungen um eine Stärkung der Überwachung fortfahren, erkennen wir die Notwendigkeit einer besseren Verzahnung bilateraler und multilateraler Überwachungsmaßnahmen an und erwarten Anfang nächsten Jahres die Vorschläge des IWF für eine neue umfassende Entscheidung zu Überwachungsmaßnahmen und für mehr Teilhabe und Schlagkraft.

9. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, schnellere Fortschritte in Richtung auf stärker marktbestimmte Wechselkurssysteme zu erzielen und die Wechselkursflexibilität zu steigern, damit diese die zugrundeliegenden wirtschaftlichen Fundamentaldaten widerspiegeln, dauerhafte Fehlbewertungen der Wechselkurse zu vermeiden und auf die konkurrierende Abwertung von Währungen zu verzichten. Wir sind entschlossen, unsere im Aktionsplan für Wachstum und Beschäftigung niedergelegten Verpflichtungen zu Wechselkursreformen einzulösen, um kurzfristige Anfälligkeiten zu bekämpfen, die Finanzmarktstabilität wiederherzustellen und die mittelfristigen Wachstumsgrundlagen zu stärken. Unsere Maßnahmen werden dazu beitragen, die Herausforderungen zu bewältigen, die durch Entwicklungen auf dem Gebiet der globalen Liquidität und volatiler Kapitalströme entstanden sind, und so weitere Fortschritte im Bereich der Wechselkursreformen erleichtern und den übermäßige Aufbau von Währungsreserven eindämmen.
10. Wir haben uns darauf verständigt, unsere Bemühungen um eine weitere Stärkung der globalen Sicherheitsnetze für den Finanzsektor fortzusetzen, und unterstützen den IWF bei der Schaffung der neuen Vorsorge- und Liquiditätslinie (Precautionary and Liquidity Line, PLL), die zum Ziel hat, fallweise Ländern mit solider Politik und starken wirtschaftlichen Fundamentaldaten, die sich exogenen Schocks gegenübersehen, höhere und flexiblere kurzfristige Liquidität zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen den IWF ferner bei der Schaffung einer einheitlichen Fazilität, mit der der Hilfsbedarf der Mitglieder in Notlagen gedeckt werden soll. Wir rufen den IWF auf, beide Vorschläge zügig zu erörtern und zum Abschluss zu bringen.

11. Wir begrüßen den umfassenden Plan der Eurozone und dringen auf rasche Ausarbeitung und Umsetzung, einschließlich der länderbezogenen Reformen. Wir begrüßen die Entschlossenheit der Eurozone, alle ihre Ressourcen und ihre gesamte institutionelle Kapazität einzubringen, um Vertrauen und Finanzmarktstabilität wiederherzustellen und das reibungslose Funktionieren der Geld- und Finanzmärkte zu gewährleisten.

Wir werden sicherstellen, dass dem IWF auch weiterhin die Mittel zur Verfügung stehen, um seiner systemischen Rolle zum Nutzen seiner gesamten Mitgliedschaft nachzukommen, wobei er auf den beträchtlichen Mitteln aufbauen kann, die wir seit dem Londoner Treffen im Jahr 2009 bereits mobilisiert haben. Wir sind bereit sicherzustellen, dass weitere Mittel zeitnah mobilisiert werden könnten, und ersuchen unsere Finanzminister, bis zu ihrem nächsten Treffen ein Spektrum von verschiedenen Optionen zu erarbeiten, darunter bilaterale Beiträge an den IWF, Sonderziehungsrechte sowie freiwillige Beiträge zu einer Sonderstruktur des IWF wie z.B. einem Verwaltungskonto. Wir werden die im Jahr 2010 beschlossenen Quoten- und Führungsstrukturereform des IWF zügig umsetzen.

Reform des Finanzsektors und Verbesserung der Finanzmarktintegrität

12. Im Jahr 2008 haben wir uns in Washington dazu verpflichtet, alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Marktteilnehmer zu regulieren oder zu überwachen, soweit angebracht. Wir werden unseren Verpflichtungen nachkommen und die Reform des Finanzsystems weiterführen.
13. Wir haben uns auf umfangreiche Maßnahmen dahingehend verständigt, so dass kein Finanzinstitut als „zu groß zum Scheitern“ („too big to fail“) erachtet werden kann, und darauf, die Steuerzahler davor zu schützen, für die Abwicklungskosten aufkommen zu müssen. Der financial Stability Board (FSB) veröffentlicht heute eine vorläufige Liste global systemrelevanter Finanzinstitutionen (G-SIFIs). Diese G-SIFIs werden einer strengeren Aufsicht, einem neuen internationalen Standard für Abwicklungsregime, sowie ab 2016 zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen unterworfen. Wir sind bereit, systemrelevante Finanzgesellschaften zu erfassen, die keine Banken sind.
14. Wir haben beschlossen, die Regulierung und Überwachung des Schattenbankensystems auszubauen. Wir werden unsere Regulierung hinsichtlich der Marktintegrität und Markteffizienz weiter ausbauen und uns dabei auch den Risiken widmen, die durch Hochfrequenzhandel und „dark liquidity“ verursacht werden. Wir haben die Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO)

beauftragt, das Funktionieren der Märkte für Kreditausfallversicherungen zu bewerten. Wir haben uns auf Grundsätze zum Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen verständigt.

15. Wir werden eine Rückkehr zu einem Verhalten, wie es im Finanzsektor vor der Krise üblich war, nicht zulassen und die Umsetzung unserer Verpflichtungen bezüglich der Banken, der außerbörslichen Märkte und der Vergütungssysteme streng überwachen.
16. Wir haben uns darauf verständigt, den FSB auf seinen bisherigen Leistungen aufbauend zu reformieren und ihn in seiner Fähigkeit zu stärken, unsere Agenda zur Regulierung der Finanzmärkte zu koordinieren und zu überwachen. Im Zuge dieser Reform erhält er Rechtspersönlichkeit und größere Finanzautonomie. Wir danken Mario Draghi für die geleistete Arbeit und begrüßen die Ernennung des Gouverneurs der Kanadischen Zentralbank, Mark Carney, zum Vorsitzenden des FSB, sowie des Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, zu seinem Stellvertreter.
17. Wir fordern alle Staaten und Gebiete auf, die internationalen Standards in den Bereichen Steuern, Finanzmarktaufsicht und Geldwäsche- /Terrorismusbekämpfung einzuhalten. Wir sind bereit, erforderlichenfalls auf unsere bestehenden Gegenmaßnahmen zurückzugreifen. Wir begrüßen die Fortschritte im Bereich Steuern und rufen alle Staaten und Gebiete dringend auf, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die in den Überprüfungen des Globalen Forums ermittelten Mängel zu beheben, insbesondere jene elf Staaten und Gebiete, bei denen das Globale Forum die Rahmenbedingungen als nicht genügend erachtet hat. Wir betonen, wie wichtig ein umfassender Austausch von Steuerinformationen ist, und ermutigen weitere Arbeiten im Globalen Forum, die Mittel zu dessen Verbesserung festzulegen. Wir begrüßen die von uns allen eingegangene Verpflichtung, das multilaterale Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen zu unterzeichnen, und ermutigen andere Staaten und Gebiete nachdrücklich, diesem Übereinkommen beizutreten.

Umgang mit schwankenden Rohstoffpreisen und Förderung der Landwirtschaft

18. Als Teil unserer Agenda zur Regulierung der Finanzmärkte begrüßen wir die Empfehlungen der IOSCO zur Verbesserung der Regulierung und Aufsicht in Bezug auf die Wareterminmärkte. Wir sind uns darin einig, dass Marktaufsichtsbehörden wirksame Eingriffsrechte erhalten sollten, um Marktmissbrauch vorzubeugen. Insbesondere sollten Marktaufsichtsbehörden neben anderen Eingriffsrechten über formelle Befugnisse zum Positionsmanagement verfügen und diese auch nutzen, darunter die Befugnis, gegebenenfalls vorab Positionsgrenzen zu setzen.

19. In der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion liegt der Schlüssel zur Ernährung der Weltbevölkerung. Zu diesem Zweck beschließen wir, im Rahmen des im Juni 2011 von unseren Landwirtschaftsministern verabschiedeten Aktionsplans Lebensmittelpreisschwankungen und Landwirtschaft tätig zu werden. Wir beschließen insbesondere, in Forschung und Entwicklung landwirtschaftlicher Produktivität zu investieren und sie zu fördern. Wir haben das Agrarmarktinformationssystem (AMIS) ins Leben gerufen, um die Transparenz auf den Agrarmärkten zu steigern. Zur Verbesserung der Ernährungssicherung verpflichten wir uns, geeignete Instrumente des Risikomanagements und der humanitären Nothilfe zu entwickeln. Wir beschließen, dass Nahrungsmittel, die vom Welternährungsprogramm für nichtkommerzielle humanitäre Zwecke erworben werden, keinen Ausfuhrbeschränkungen oder Sondersteuern unterworfen werden. Wir begrüßen die Einrichtung eines „Forums für schnelle Reaktion im Krisenfall“, um die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft zur Koordinierung der Politik und zur Erarbeitung gemeinsamer Antworten in Krisenzeiten an den Märkten zu verbessern.

Gestaltung der Energiemärkte und Kampf gegen den Klimawandel

20. Wir sind entschlossen, die Funktionsweise und Transparenz der Energiemärkte zu verbessern. Wir verpflichten uns, Zeitigkeit, Vollständigkeit und Verlässlichkeit der JODI-Öl-datenbank zu verbessern und bei der JODI-Gasdatenbank gleichermaßen vorzugehen. Wir rufen zum fortgesetzten jährlichen Dialog zwischen Produzenten und Verbrauchern über kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven und Vorhersagen für Öl, Gas und Kohle auf. Wir ersuchen die einschlägigen Organisationen, Empfehlungen zu Funktionsweise und Aufsicht der Preisberichtsstellen abzugeben. Wir erneuern unser Bekenntnis zur Rationalisierung und zum stufenweisen Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe, die zu verschwenderischem Umgang verleiten, in mittlerer Frist; dabei sind die ärmsten Bevölkerungsgruppen gezielt zu unterstützen.
21. Wir setzen uns für den Erfolg der bevorstehenden Klimakonferenz in Durban ein und unterstützen Südafrika, das den Vorsitz für die nächste Konferenz übernimmt. Wir fordern die Umsetzung der Vereinbarungen von Cancún sowie weitere Fortschritte in allen Verhandlungsbereichen, einschließlich der Operationalisierung des globalen Klimaschutzfonds als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses. Wir haben den Bericht der Internationalen Finanzinstitutionen über die Finanzierung des Klimaschutzes erörtert und unsere Finanzminister angewiesen, die entsprechende Arbeit fortzusetzen und dabei die Ziele, Festlegungen und Grundsätze des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zu berücksichtigen.

Vermeidung von Protektionismus und Stärkung des multilateralen Handelssystems

22. Zu diesem für die Weltwirtschaft kritischen Zeitpunkt ist es wichtig, die Vorzüge des multilateralen Handelssystems als Mittel zur Verhinderung von Protektionismus zu unterstreichen und Abschottungen zu vermeiden. Wir bestätigen daher unsere bis zum Ende des Jahres 2013 geltenden Stillhalteverpflichtungen, wie in Toronto vereinbart, verpflichten uns dazu, möglicherweise ergriffene neue protektionistische Maßnahmen, einschließlich neuer Ausfuhrbeschränkungen und mit den Regeln der WTO nicht im Einklang stehender Maßnahmen zur Exportförderung, rückgängig zu machen, und ersuchen die WTO, die OECD und UNCTAD, die Lage weiterhin zu beobachten und in halbjährlichem Abstand öffentlich Bericht zu erstatten.
23. Wir bleiben weiterhin dem Mandat der Entwicklungsagenda von Doha (DDA) verpflichtet. Es ist jedoch klar, dass wir die DDA nicht erfolgreich abschließen können, wenn wir die Verhandlungen weiter so führen wie in der Vergangenheit. Wir begrüßen die bisher erzielten Fortschritte. Um Vertrauen zu schaffen, müssen wir 2012 neue, glaubwürdige Ansätze zur Förderung von Verhandlungen verfolgen, darunter auch zu den für die am wenigsten entwickelten Länder wichtigen Themen und zu den übrigen Elementen des DDA-Mandats, sofern sie sich als aussichtsreich erweisen. Wir weisen unsere Minister an, bei dem anstehenden Ministertreffen in Genf solche Vorgehensweisen auszuarbeiten, Gespräche über die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten des multilateralen Handelssystems in einer globalisierten Wirtschaft zu führen und uns bis zu dem Gipfel in Mexiko Bericht zu erstatten.
24. Darüber hinaus unterstützen wir eine Stärkung der WTO, um so zu einem effektiveren, regelgestützten Handelssystem beizutragen; die WTO sollte eine aktivere Rolle bei der Verbesserung der Transparenz der Handelsbeziehungen und -politiken und bei der Verbesserung der Funktionsweise des Streitbeilegungsmechanismus übernehmen.

Umgang mit den Herausforderungen der Entwicklung

25. In der Erkenntnis, dass wirtschaftliche Erschütterungen die Anfälligsten ungleich stärker treffen, verpflichten wir uns, für ein inklusiveres und belastbareres Wachstum Sorge zu tragen.
26. Die humanitäre Krise am Horn von Afrika unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Notfall- ebenso wie die langfristige Reaktionsfähigkeit auf Ernährungsunsicherheiten zu stärken. Wir unterstützen die in der Abschlusserklärung von Cannes genannten konkreten Initiativen im Hinblick darauf, Investitionen in die Landwirtschaft zu fördern und die Auswirkung von Preisschwankungen abzumindern,

insbesondere in einkommensschwachen Ländern und zum Nutzen landwirtschaftlicher Kleinbetriebe. Wir begrüßen die Initiative der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), ein gezieltes regionales humanitäres Notfallnahrungsmittelvorratssystem als Pilotprojekt einzuführen, sowie die „ASEAN+3“ Nothilfe-Reisvorräte-Initiative.

27. In der Erkenntnis, dass eine unzureichende Infrastruktur das Wachstumspotenzial in vielen Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, drastisch einschränkt, unterstützen wir die Empfehlungen des hochrangigen Gremiums (HLP) und der multilateralen Entwicklungsbanken, heben elf beispielhafte Infrastrukturvorhaben hervor und rufen die multilateralen Entwicklungsbanken auf, die Vorhaben, die die Kriterien n des HLP erfüllen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern umzusetzen.
28. Wir unterstreichen, dass die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele spielt. Hilfszusagen der Industriestaaten sollten eingehalten werden. Die Schwellenländer werden sich verpflichten, andere Entwicklungsländer zu unterstützen bzw. werden das Niveau ihrer Hilfe weiterhin erhöhen. Wir stimmen auch darin überein, dass im Laufe der Zeit neue Finanzierungsquellen gefunden werden müssen, um den Entwicklungsanforderungen und dem Klimawandel gerecht zu werden. Wir erörtern eine Reihe von Optionen für innovative Finanzierung, die von Bill Gates hervorgehoben wurden. Manche von uns haben einige dieser Optionen bereits umgesetzt oder sind bereit, einige von diesen zu testen. Wir würdigen die Initiativen in einigen unserer Länder, im Finanzsektor Steuern für unterschiedliche Zwecke einzuführen, dazu zählt auch eine Finanztransaktionsteuer, unter anderem um die Entwicklung zu fördern.

Intensivere Korruptionsbekämpfung

29. Wir haben bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Korruption, Förderung der Finanzmarktintegrität und Unterstützung eines sauberen Geschäftsumfelds entscheidende Fortschritte erzielt. Wir betonen, dass es erforderlich ist, zügig einen aussagekräftigen völkerrechtlichen Rahmen zu schaffen, einzelstaatliche Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Korruption und der Auslandsbestechung zu verabschieden, die internationale Zusammenarbeit bei der Korruptionsbekämpfung zu verstärken und gemeinsame Initiativen des öffentlichen und des privaten Sektors zu erarbeiten.

Reform der „Global Governance“ für das 21. Jahrhundert

30. Wir begrüßen den Bericht des Premierministers des Vereinigten Königreichs, David Cameron, über Global Governance. Wir sind uns einig, dass die G20 als informelles Gremium weitergeführt werden soll. Wir beschließen, die Troika zu formalisieren. Wir werden weiterhin mit Nichtmitgliedern, darunter den VN, konsequent und effektiv zusammenarbeiten und begrüßen ihren Beitrag zu unserer Arbeit.
31. Wir bekräftigen die Tatsache, dass der Gründergeist der G20, die die wichtigsten Volkswirtschaften auf gleicher Augenhöhe zusammenbringen sollten, um als Katalysator für Maßnahmen zu wirken, von grundlegender Bedeutung ist, und stimmen daher überein, unseren kollektiven politischen Willen hinter unsere Wirtschafts- und Finanzagenda sowie die Reform und effektivere Arbeit der einschlägigen internationalen Institutionen zu stellen. Wir unterstützen die in der FAO und im FSB durchzuführenden Reformen. Wir haben uns verpflichtet, unseren multilateralen Handelsrahmen zu stärken. Wir rufen die internationalen Organisationen, insbesondere die VN, die WTO, die ILO, die Weltbank, den IWF und die OECD, dazu auf, ihren Dialog und ihre Zusammenarbeit, auch hinsichtlich der sozialen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik, zu erweitern und die entsprechende Abstimmung zu intensivieren.

Am 1. Dezember 2011 wird Mexiko den G20-Vorsitz übernehmen. Wir werden im Juni 2012 in Los Cabos, Baja California, unter mexikanischem Vorsitz zusammenkommen. Russland wird den G20-Vorsitz 2013 innehaben, Australien übernimmt ihn 2014, und die Türkei wird 2015 den Vorsitz führen. Ferner sind wir im Rahmen unserer G20-Reformen übereingekommen, dass nach 2015 der jährliche G20-Vorsitz aus rotierenden regionalen Gruppen ausgewählt werden wird, beginnend mit der asiatischen Gruppe bestehend aus China, Indonesien, Japan und Korea.
32. Wir danken Frankreich für seinen G20-Vorsitz und die Ausrichtung des erfolgreichen Gipfeltreffens von Cannes.